Fraktion DIE LINKE Stadtrat Eisenach

Herr Vorsitzender, sehr geehrte Damen und Herren,

Herrn Ackermann geht's gut. Er erhält wieder sein „volles Gehalt“ – 9,6 Millionen € pro Jahr. **Erallein** hat das Geld, welches uns im Stadtsäckel für einen ausgeglichenen Haushalt für 44 000 Einwohner fehlt.

Herr Ackermann braucht sich um einen defizitären Haushalt nicht zu sorgen. Das besorgt die Bundesregierung für ihn und die vielen anderen Ackermänner mit Zustimmung der Länderchefs und Chefinnen mit großzügigen kommunalfeindlichen Steuergeschenken.

Wir, die Stadträte sollen uns das Geld woanders holen, nämlich auch bei den Bürgerinnen und Bürgern mit Hilfe des Haushaltssicherungskonzepts, mit solchen „Einsparpotentialen“ dem Abschmelzen des Zuschussbetrages für das Mittagessen der Schülerinnen und Schüler.

Damit wir nicht falsch verstanden werden: Wir unterstützen die Maßnahmen des Haushaltssicherungskonzepts, die auf sinnvollere Verwaltungsstrukturen und Abläufe gerichtet sind und auch jede Art von Protest gegen den kommunalen Finanzausgleich der Landesregierung.

Gestern erhielten wir die neuerliche Kürzung in den Schlüsselzuweisungen des Landes um 1.273 000 €. Damit erhöht sich das Defizit im Haushalt auf 10.590 819 €. Dabei ist nicht zu vergessen, dass rund 5 Mio. Euro Haushaltsdefizit aus den vergangenen Jahre, dessen Ausgleich vom Landesverwaltungsamt für Eisenach gnädig oder notgedrungen verschoben aber nicht aufgehoben wurde, zu den 10,5 Millionen Miesen dazugerechnet werden müssen. Ganz richtig ist, dass dieses Loch nicht mehr von der Stadt Eisenach gestopft werden kann, weil die „tolle“ Idee von der Kreisfreiheit schon etwas länger als die jetzige Wirtschafts- und Finanzkrise die städtische Haushaltskrise herbeigeführt hat – eine späte Erkenntnis bei SPD und CDU.

Erschreckend war doch, dass die Vertreter der Landesregierung nicht bereit waren, im Rahmen der öffentlichen Anhörung auf die Kritik der kommunalen Spitzenverbände zu reagieren und Nachfragen der Abgeordneten konkret zu beantworten. Die Ministerien haben die Verantwortung und Zuständigkeit hin und her geschoben nach dem Prinzip der organisierten Verantwortungslosigkeit, ohne tatsächlich zur Klärung der Probleme beizutragen. Die Ministerien machen hieraus selbst in der Öffentlichkeit kein Geheimnis mehr.

In der öffentlichen Anhörung wurde auch die Auffassung der LINKEN bestätigt, wonach das Land bei der Bedarfsermittlung Steuermehr- und Mindereinnahmen der Kommunen fehlerhaft berücksichtigt hat und auch Kostensteigerungen real nicht eingerechnet hat. Der Landkreistag sprach von über 350 Millionen Euro, die dadurch vom Land den Kommunen jährlich vorenthalten werden.

Die dramatischen Steuerausfälle will das Land trotz konkreter Zahlen des Landesamtes für Statistik nicht wahrnehmen und verweist immer noch auf längst überholte Steuerschätzungen.

Dem Gemeinde- und Städtebund Thüringen wurde lediglich eine Frist von einer Woche eingeräumt, zum Kommunalen Finanzausgleich 2010 Stellung zu nehmen, ebenso zum Gesetzentwurf zur Änderung des Thüringer Finanzausgleichsgesetzes. Da war eine Absprache mit den Mitgliedskommunen unmöglich. Das wäre aber wichtig gewesen, weil zu dem ursprünglichen Entwurf, zu dem der Städte- und Gemeindebund nach dem 1.

Kabinettsdurchgang gegenüber dem Innenministerium Stellung genommen hatte, gravierende Änderungen im 2. Kabinettsdurchgang vorgenommen wurden.

Das gilt besonders für die um insgesamt 80 Mio. Euro gekürzten Schlüsselzuweisungen für die thüringischen Kommunen, wovon wir erst seit gestern wissen, welchen Anteil Eisenach davon abgefasst hat.

Ein besonders exemplarisches Beispiel dafür, wie reale Bedarfe schön gerechnet werden, ist die zum 1. August 2010 vorgesehene Standarderhöhung für Kinder in Kindertageseinrichtungen und seine Berücksichtigung im Kommunalen Finanzausgleich. Die Landesregierung legt nicht die im Jahre 2009 objektiv durch das Landesamt für Statistik festgestellte Zahl für Kinder in Kindereinrichtungen zugrunde, obwohl sie in ihrer Begründung zum ThürFAG explizit darauf verweist. Sie geht bei der Zahl der in Kindertagesstätten betreuten Kinder von 79.533 Kindern aus und berechnet einen Personalbedarf von 7.647,61 VBE, obwohl die Zahlen des Landesamtes für Statistik 81.093 betreute Kinder aufweisen, wodurch sich ein Personalbedarf von 7.792,2 VBE ergibt. In ihrer Prognose legt die Landesregierung für das Jahr 2010 eine Betreuungsquote von 44% fest (Stand vom 1.3. 2009) obwohl durch die Abfragen des Staatlichen Schulamtes Schmalkalden zum 1. September 2009 feststeht, dass die Zahl der Kinder im Vergleich zum März 2009 um 615 gestiegen ist und die Betreuungsquote zu diesem Zeitpunkt bereits bei knapp 51% lag. Das gilt auch für die Betriebskosten, die nach unten gerechnet wurden und in der Summe 97,5 Millionen als notwendig erachtet werden obwohl die tatsächlichen Betriebskosten im Jahre 2008 bereits bei 118,889 Mio. Euro lagen. Wir haben schon vielfach darauf verwiesen, dass schon seit Jahren nicht vom realen Finanzbedarf der Kommunen ausgegangen wird und wir von einer angemessenen Finanzausstattung weiter den je entfernt sind.

Systemwidrig und rechtlich bedenklich ist auch die vorgenommene Kürzung der angemessenen Finanzausstattung durch die Abrechnung der Steuereinnahmen der Gemeinden des Jahres 2008 in Höhe von 66 Millionen Euro. Diese sind in den Kommunen mit Sicherheit nicht mehr vorhanden. Dergleichen Ungereimtheiten im Kommunalen Finanzausgleich könnten noch weiter fortgeführt werden. Das will ich hier nicht tun, aber jedem sei angeraten, die Stellungnahme des Gemeinde- und Städtebundes zum Kommunalen Finanzausgleich 2010 sowie zum Gesetzentwurf zur Änderung des Thüringer

Finanzausgleichsgesetzes und anderer Gesetze zu lesen, abzurufen unter www.gstb-thueringen.de.

In unserem Haushalt der Stadt Eisenach für 2010 hat die Kämmerei im Vorbericht eindrucksvoll dargestellt, auf was wir verzichten sollen. Der Vermögenshaushalt ist nur noch ein Schatten seiner selbst und in den Einzelpositionen des Verwaltungs- und Vermögenshaushaltes werden deutlich, wie sich die Kürzungen im K FAG auswirken.

Wir sind nicht bereit, die Lasten, die ohnehin schon auf den Bürgerinnen und Bürgern liegen durch Arbeitslosigkeit, Ausgrenzung durch Hartz IV, prekäre Beschäftigung, Nullrunden bei den Renten usw. durch solche Haushaltssicherungsmaßnahmen zu vermehren, die ihnen mit steigenden Gebühren und sinkenden Standards aufgedrückt werden sollen.

Das trifft auch auf die Hausbesitzer wie auf die Mieter zu (Grundsteuer B).

Wir verlangen stattdessen:

- die Korrektur der Berechnung des kommunalen Bedarfs
- Die Abschaffung des Korridors
- kein Zwang zu Erhöhung der Hebesätze
- Erhöhung des Anteils für freiwillige Aufgaben von 3 auf 5%
- Berücksichtigung der kommunalen Aufwendungen für den Kapitaldienst und Investitionen als reale Bedarfe
- Wiedereinführung der kommunalen Investitionspauschale in Höhe von 90 Mio.Euro

Dann machen wir hier einen neuen Haushalt, dem wir auch zustimmen können. Der jetzige ist schon Makulatur, weil mit Sicherheit davon auszugehen ist, dass auf den Bittbrief des Oberbürgermeisters zur Herstellung des Haushaltsausgleichs in Höhe von rund 10 Mio. Euro aus dem Landesausgleichsstock nicht entsprochen werden wird.